

Kinderarmut im Stadtbezirk Bothfeld-Vahrenheide

I. Hintergrund

In Hannover leben derzeit ca. 22.000 Kinder und Jugendliche in Einkommensarmut und folglich in Kinderarmut. Je nach Altersgruppe ist das jeder dritte bis vierte Minderjährige.

Kinderarmut bedeutet nach einer lokalen Definition der Landeshauptstadt Hannover: die Folgen von familiärer Einkommensarmut bei Kindern und minderjährigen Jugendlichen, wodurch deren Teilhabechancen aus materiellen, sozialen, gesundheitlichen, kulturellen oder sonstigen Gründen gefährdet sind. Als Kennzeichen eines armen Haushalts gilt dabei ein Transferleistungsbezug nach dem SGB II (Hartz IV), SGB XII, AsylbLG oder ein ähnlich niedriges Einkommen ohne Transferleistungsbezug.

Die Armut von Kindern und Jugendlichen liegt in der Stadt Hannover bei 28,1%. Die höchste Betroffenheit besteht dabei u.a. in den Stadtteilen Vahrenheide (49,9%) und Sahlkamp (42,7%), die geringste Betroffenheit hingegen u.a. in den Stadtteilen Isernhagen-Süd (1,2%) und Lahe (2,6%). Im Stadtbezirk Bothfeld-Vahrenheide lebt somit einerseits die höchste und andererseits die niedrigste Anzahl armer Kinder und Jugendlicher. Im Ergebnis zeigt sich dadurch zum einen eine erhebliche Divergenz zwischen einzelnen Stadtteilen, zum anderen verdeutlicht dies, dass aufgrund des hohen Anteils von Kinderarmut in bestimmten Stadtteilen für den Stadtbezirk Bothfeld-Vahrenheide ein besonders großer Handlungsbedarf besteht.

II. Forderungen

Ziel der Jusos ist es, dass alle Menschen frei und gleichberechtigt in einer solidarischen Gesellschaft zusammen leben können. Ein wesentliches Element stellt dabei die Verwirklichung von Chancengleichheit dar. Dies bedeutet insbesondere, dass Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien die gleichen Chancen haben müssen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, gesund aufzuwachsen, Zugang zu Bildung und Beruf zu erhalten und ihre Fähigkeiten und Interessen zu entwickeln. Damit alle Kinder und Jugendlichen in Zukunft über die gleichen Chancen verfügen, ist es erforderlich, dass Menschen mit höherem Armutsrisiko aufgrund potentiell geringerer Teilhabemöglichkeiten primär unterstützt werden.

Aus Sicht der Jusos sind deshalb folgende **Forderungen** umzusetzen:

1. Verbesserung der Rahmenbedingungen um Familien ein Einkommen zu ermöglichen

- Arbeitslosigkeit abbauen und vermeiden
- Einführung eines bundesweiten, gesetzlichen, branchen-, alters- und qualifikationsunabhängigen Mindestlohnes
- Verlässliche Kinderbetreuung in Krippen (Erhöhung der Versorgungsquote bis 2013 auf 40%), in Kitas und in Schulen (Ausbau Horte, Ganztagschulen)

- Flexible Kinderbetreuung (ganzjährig geöffnete Kitas mit bis zu 24-Stunden-Betrieb)
- Arbeitslose Eltern unterstützen (kommunale Beschäftigungsförderung)
- Stärkere Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und -abschlüsse

2. Elementare Grundbedürfnisse sichern

- Leistungsansprüche müssen von der Stadtverwaltung breiter bekannt gemacht werden
- Überschuldung muss durch kostenlose Schuldnerberatung und Prävention / Aufklärung in Schulen und Jugendeinrichtungen verhindert werden
- Um unverschuldet in finanzielle Not geratenen Menschen kurzfristig helfen zu können, sollten verstärkt Spendenaktionen wie die HAZ-Weihnachtshilfe stattfinden sowie finanziell handlungsfähige Stiftungen, die über eine breite Kapitaldecke verfügen, gegründet werden
- Kostenlose Energiesparberatung (u.a. zur Vermeidung von Strom- und Gassperren)
- Kostengünstige Kleidung / Haushaltsgeräte / Möbel (Second-Hand-Läden, Sozialkaufhäuser)
- Kostenloses warmes Mittagessen an Schulen und KiTas, Mittagstische, Lebensmitteltafeln
- Mobilität ermöglichen (Ausbau des Hannover-Aktiv-Passes und des Sozialtickets für den ÖPNV)

3. Gesundheit fördern

- Sport, Fitness (kostenlose Vereinsmitgliedschaft mit dem Hannover-Aktiv-Pass)
- Gesundheits-/ Bewegungsförderung in KiTas und in Schulen
- Erhöhung der Teilnahme an Kindervorsorgeuntersuchungen

4. Schlüsselinstitution KiTa

- Förderung, Unterstützung und Bildung der Kinder durch: sozial-emotionale Stärkung, Gesundheitserziehung, Sprachförderung, Bildungsförderung, kulturelle Teilhabe, Bestärkung, Beratung und Entlastung der Eltern
- Frühkindliche Bildung in KiTas und Familien

5. Schlüsselinstitution Schule

- Verstärkte und erleichterte Einführung von Gesamtschulen
- Öffnung der Institution Schule (Schule im Stadtteil, offene Ganztagsgrundschulen)
- SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen (an jeder Schule und Schulform!)
- Hausaufgabenhilfe, Leseförderung und -mentoring

6. Jugendliche auf dem Weg ins Erwerbsleben begleiten

- „Stadtteilorientierte Netzwerke“ an Schulen (Schule im Stadtteil verankern, d.h. Kontakte zu bzw. Partnerschaften mit ortsansässigen Betrieben und Firmen aufbauen und pflegen)
- Begleitung, Qualifizierung und Ausbildung gering qualifizierter Jugendlicher und Erwachsener (Job- bzw. AusbildungspatInnen)

Nachweise:

- Landeshauptstadt Hannover: Der Hannoversche Weg. Lokaler Beitrag für Perspektiven von Kindern in Armut, Drucksache Nr. 0771/2010 und Kinderarmut in Zahlen, Drucksache Nr. 0698/2010.
- Heitmann, Kirstin: Du bist mein zweites Haus – Umgang mit Armut und sozialer Benachteiligung in Kindertageseinrichtungen – Erfahrung von Brennpunkt-Kitas nutzen, in: KiTa spezial 04/2006, S. 39-42.